

Malich, Siegfried

Article — Digitized Version

Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung der Labour-Regierung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Malich, Siegfried (1966) : Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung der Labour-Regierung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 2, pp. 96-104

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133570>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung der Labour-Regierung

Dr. Siegfried Malich, Kraainem/Brabant

Wer den britischen Wahlkampf des Jahres 1964 aufmerksam verfolgt hat, der wird sich der bemerkenswerten Rolle erinnern, die ökonomischen Argumenten in der Propaganda der Labour-Party zugewiesen war. Daß die sozialistischen Wahlstrategen eine massive Kritik an der Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung auch in einer Konjunkturphase mit Recht für aussichtsreich hielten, die breiten Wählerschichten angesichts einer günstigen Beschäftigungslage und rasch wachsender Nominaleinkommen eher eine Wohlstandseuphorie vorzuspiegeln geeignet schien, mag ausländische Beobachter überrascht haben. Eine Erklärung hierfür liegt wohl in der Spekulation auf ein an die Grenze inverser Reaktionen gesteigertes Unbehagen der Bevölkerung über die Art und Weise, mit der seit Anfang der fünfziger Jahre praktisch jedem Wirtschaftsaufschwung durch staatliche Eingriffe ein vorzeitiges Ende bereitet wurde — nicht ohne ebenso regelmäßige anschließende Bemühungen, die solchermaßen gedämpfte Wirtschaftstätigkeit wieder anzukurbeln.

DIE AUSGANGSLAGE

In der Tat vollzog sich die Nachkriegsentwicklung der englischen Wirtschaft mit einer geradezu „stetigen“ Unstetigkeit, als ein Zyklus abrupt aufeinanderfolgender Expansions- und Rezessions- oder gar Kontraktionsperioden, denen die offizielle Wirtschaftspolitik nicht nur nicht zielsicher entgegenzuwirken verstand, sondern die sie sogar gefördert, wenn nicht überhaupt erst hervorgerufen hat. Etwas kraß formuliert, läßt sich die Konjunkturpolitik der Konservativen als ein ununterbrochenes und recht ungeschicktes Manövrieren zwischen der Scylla extremer Zahlungsbilanzdefizite und damit verbundener Währungskrisen in den Aufschwungsphasen und der Charybdis einer über das (auch sozial- und innenpolitisch) tolerierbare Maß hinausgehenden Arbeitslosigkeit und Wohlstandseinbuße in den Zeiten der Wachstumsdrosselung kennzeichnen. Trotz allmählicher Einsicht in die Unangemessenheit solchen Unterfangens und zögernder Versuche einer Umorientierung des wirtschaftsdogmatischen Denkens und des wirtschaftspolitischen Handelns bieten auch die letzten Jahre vor dem Regierungswechsel noch ein deutliches Bild der Effekte jener als „stop-go-Politik“ apostrophierten Aktionsweise:

Ende 1959 / Anfang 1960 befand sich die Wirtschaft Großbritanniens in einer Phase lebhaften — wenn auch, verglichen mit anderen Industrieländern, keineswegs übersteigerten — Wachstums. Dennoch be-

gannen die Wirtschaftspolitiker bereits, über Bremsmaßnahmen zu brüten: Ihr in vielen leidvollen Konjunkturzyklen geschärfter Spürsinn warnte sie noch vor dem Auftreten der ersten ungünstigen Indikatoren, daß es so ja nicht weitergehen könnte. Tatsächlich wurde dann im Laufe des Frühjahrs offenbar, daß die Inlandsnachfrage wieder einmal dem einheimischen Angebot davongelaufen war und umfangreiche Mehrimporte aufgesogen hatte — mit dem Ergebnis einer fühlbaren Verschlechterung der Leistungsbilanz. Dieses erwartete Alarmzeichen löste prompt die ersten, zunächst nur geld- und kreditpolitischen Restriktionen aus, deren für unzureichend erachtetes Resultat im Sommer 1961 vor allem durch eine Anhebung der Verbrauchsteuern und eine nochmalige Heraufsetzung des Diskontsatzes (auf nunmehr 7 %) verbessert werden sollte. Ohne Zweifel beruhte die danach einsetzende Wachstumsabschwächung weitgehend auf den Auswirkungen der skizzierten Maßnahmen, die allerdings ziemlich rasch in das ebenfalls unerwünschte Extrem einer ausgeprägten Rezession führten. Zwar hatte die Stagnation der Inlandsnachfrage seit dem zweiten Halbjahr 1961 eine Aktivierung der laufenden Zahlungsbilanz mit sich gebracht; sie wurde aber von sinkender Kapazitätsauslastung, abnehmender Investitionsneigung und — last but not least — rapide steigender Arbeitslosigkeit begleitet.

Nun galt es, die vor kurzem drastisch entmutigte Nachfrage wieder zu hätscheln. Der erste Schritt war eine Entschärfung der Kreditbremsen im Sommer 1962. Ihm folgten im Oktober/November desselben Jahres die völlige Aufhebung dieser Restriktionen, eine Verringerung bestimmter indirekter Steuern, die Einführung von Steuervergünstigungen für private Investitionen sowie die Steigerung der öffentlichen Investitionsausgaben. Weitere Anreize brachte Anfang 1963 der neue Staatshaushalt mit Senkungen von direkten Steuern und zusätzlichen Steuernachlässen für Investitionen in Gebieten mit besonders hoher Arbeitslosenquote. Der Diskontsatz wurde in dieser Phase etappenweise auf 4 % zurückgenommen.

Es scheint, daß die Dosierung der genannten Stimuli wiederum Maß und Mitte überschritt — jedenfalls weitete sich der Inlandsverbrauch im Laufe des Jahres 1963 beschleunigt aus, und die Auslastung der Produktionskapazitäten steuerte trotz lebhaft gesteigerter Investitionstätigkeit auf die üblichen Engpässe zu. Wie kaum anders zu erwarten, zogen damit am Horizont erneut drohende Wolken einer Zahlungsbilanzverschlechterung auf und ließen das Barometer der

konjunkturpolitischen Willensbildung ziemlich hastig der entgegengesetzten Extremanzeige zustreben. So führte das Budget 1964 eine neue Serie von Bremsmaßnahmen ein, die allerdings das immer offensichtlichere Abgleiten in ausgeprägte binnen- und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte — vor allem die Preise und die Einfuhren schnellten empor — nicht zu verhindern vermochte. Den Blick gebannt auf die bevorstehenden Wahlen gerichtet, fiel schließlich der konservativen Regierung in den letzten Monaten ihrer Amtszeit nichts Besseres mehr ein, als diese Entwicklung zu beschönigen — mit unzureichendem Erfolg, wie das Wahlergebnis zeigt.

KURZFRISTIGE MASSNAHMEN DER LABOUR-REGIERUNG

Auf den ersten Blick läßt die Wirtschaftspolitik in den ersten fünfzehn Monaten nach dem Regierungswechsel vom Oktober 1964 keinen grundlegenden Stilwandel erkennen. Unverändert wurde das Gesetz des Handelns — in einer Konjunkturphase wie der vorgefundenen — von den außenwirtschaftlichen Konstellationen diktiert und gewann daher, nach herkömmlichem Muster, im Interessenkonflikt zwischen der möglichen Eindämmung des inneren Preis- und Kostenauftriebs durch eine Erleichterung von Importen und der den Inflationskräften Vorschub leistenden Abwehr dieser Importe aus Zahlungsbilanzgründen der letztgenannte Aspekt unangefochten die Oberhand. So war die erste Sofortmaßnahme von weittragender Bedeutung der Erlaß eines 15%igen Sonderzolls auf Halb- und Fertigwaren, dessen Schockwirkung den Einfuhrsog tatsächlich vorübergehend lähmte und dann in ruhigere Bahnen zwang. Ergänzend trat hierzu als ebenfalls primär außenwirtschaftlich orientierte Aktion die Gewährung von Steuerrückvergütungen für Exporte, die — wäre sie erfolgreicher gewesen — das Angebot auf dem Inlandsmarkt weiter verknappt und den Preisanstieg noch mehr beschleunigt hätte. Schließlich zielten Erhöhungen des Diskontsatzes (auf 7%) und gewisser Verbrauchsabgaben auf eine Drosselung der Nachfrageexpansion ab. Nachdrücklicher begann sich die Labourregierung den binnenkonjunkturellen Ursachen

der Außenhandelsmisere einige Monate später zuzuwenden, als mit der Inkraftsetzung des Haushaltsplanes 1965/66 im April die Einkommensteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und einige wichtigere Umsatzsteuern sowie die Sozialversicherungsbeiträge angehoben wurden.

Weil das Ungleichgewicht zwischen Gesamtnachfrage und Gesamtangebot hierdurch nicht rasch genug zu verringern war und eine internationale Stützungsaktion für das Pfund Sterling die Auflage drastischer Sanierungsmaßnahmen enthielt, kam im Juli ein weiteres Bündel bremsender Vorkehrungen zum Einsatz. Dazu gehören namentlich das Aufschieben einiger öffentlicher Investitionsausgaben und die Einschränkung des öffentlichen Verbrauchs, eine stärkere Kontrolle der privaten Investitionstätigkeit (auf dem Bausektor), eine Verschärfung der Teilzahlungsbestimmungen und — außer für Exportgeschäfte — der Bedingungen für Bankkredite. Gleichzeitig wurden die Importfinanzierung und die Kapitalausfuhr erschwert. Außerdem hoffte man, den Inflationstendenzen mit der Einführung eines sogenannten „Frühwarnsystems“ zur Erfassung und Überprüfung beabsichtigter Lohn- und Preissteigerungen spürbar entgegenwirken zu können.

Soweit die bei Abschluß dieser Studie noch unvollständigen Statistiken für 1965 ein Urteil zulassen, scheinen die umrissenen — fast könnte man sagen: „konservativen“ — konjunkturpolitischen Anstrengungen der Labourregierung mit einiger Verzögerung die zu erwartenden traditionellen Effekte zu zeitigen. So begann sich das Wachstum der Inlandsnachfrage allmählich zu verlangsamen: Das gilt nicht nur für die vom Staat unmittelbarer zu beeinflussenden öffentlichen Aufwendungen, sondern tendenziell nun wohl auch für die privaten Verbrauchsausgaben, auf deren Anstieg allerdings von der Einkommensentwicklung her kaum sehr starke Bremswirkungen ausgegangen sein können. Die mit mancherlei Vorschublorbeeren bedachte Preis- und Einkommenspolitik „neuen Stils“ — schon die Konservativen hatten sich ja auf diesem Gebiet versucht, ohne (vor allem wegen der Opposi-

Kolonialpolitik und Wirtschaftsentwicklung

Das Beispiel Französisch Westafrikas

Von Dr. HEIKO KÖRNER, Wiss. Assistent am Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft der Universität Hamburg

1965. XIII, 307 Seiten, 1 Karte und 38 Tabellen, Format 13,7 x 21 cm, kartoniert DM 42,—

(**Ökonomische Studien.** Herausgegeben von Prof. Dr. K. SCHILLER, Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft der Universität Hamburg. Band 10)

Allen an der Wirtschaftsentwicklung in Westafrika Interessierten vermittelt dieser Band mit seinen Einzeldarstellungen zur afrikanischen Landwirtschaft, zur industriellen Entwicklung, zur Problematik des Kulturwandels in Afrika und mit seinem umfangreichen Register weitgehenden Einblick in die praktischen Probleme der Modernisierung tropischer Länder im Lichte aktueller und historischer Erfahrungen.



GUSTAV FISCHER VERLAG · STUTTGART

tion der Gewerkschaften) nennenswerte Erfolge zu erzielen — erwies sich nämlich bisher als außerstande, dem Lohn- und Gehaltsauftrieb Einhalt zu gebieten. Dagegen scheinen die Preissteigerungen hierdurch doch merklich gedämpft worden zu sein — mit der Folge, daß angesichts der anhaltend zunehmenden Arbeitskosten die Gewinnmargen der Unternehmungen schrumpften und damit ein weiterer Druck auf die private Investitionsneigung entstand, die unter dem Einfluß der recht ungewissen Wirtschaftsaussichten ohnehin abzuflauen begann. Bei konjunkturell stagnierender Industrieproduktion machten sich auf dem Arbeitsmarkt erste Anzeichen einer Entspannung (Rückgang der Zahl der offenen Stellen, Einschränkung der Überstundenarbeit; aber noch keine ausgeprägte Tendenz zur Steigerung der Arbeitslosenquote) bemerkbar. Alles in allem fiel die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts von 1964 auf 1965 nur ungefähr halb so groß wie im Vorjahr aus.

Ebenfalls auf etwa die Hälfte könnte sich das Defizit der Zahlungsbilanz reduziert haben: unter den traditionalistischen Aspekten der kurzfristigen britischen Wirtschaftspolitik zweifelsohne ein bemerkenswerter Erfolg. Wenn der Schatzkanzler jedoch allein den vermutlichen Effekt der (Ende April auf 10 % gesenkten) Importsonderabgabe mit 150-200 Mill. £ beziffert, so wird man seine Aussage nicht auf die Goldwaage legen dürfen. Sie unterschätzt so fühlbar einfuhrhemmende Faktoren wie die amerikanischen Hafenerbeiterstreiks, die in England besonders günstigen Ernteergebnisse des Vorjahres, das zyklische Abflauen der Lagerbildung an Rohstoffen und Halbwaren — und ist daher wohl als nicht ganz lupenreine Rechtfertigung für den Beschluß zu werten, den Sonderzoll ein weiteres Jahr lang zu erheben. Auch der Beitrag dieser Abgabe zu dem im Jahresverlauf feststellbaren Druck auf die Einfuhrdurchschnittswerte und damit zu der relativ günstigen Entwicklung der Austauschrelationen (terms of trade) Großbritanniens ist schwer quantifizierbar, obwohl sicherlich ein Teil der ausländischen Exporteure aus Gründen längerfristiger Marktpflege die Importhürde mittels entsprechend herabgesetzter Preise zu „unterwandern“ versucht hat.

Für 1966 lassen die gegenwärtigen Tendenzen der Konjunkturpolitik und der konjunkturimmanenten Kräfte auf eine weitere Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und damit auf die Beseitigung oder zumindest nochmals sehr starke Verminderung des Zahlungsbilanzdefizits schließen.

Unter der in den letzten zwei Jahrzehnten in Großbritannien vorherrschenden wirtschaftspolitischen Konzeption wäre nun sicherlich der Zeitpunkt wieder sehr nahe, zu dem das Ruder um 180 Grad geschwenkt und eine neue begrenzte Expansionsstrecke angesteuert würde. Für derartige kurzfristige Absichten der gegenwärtigen Regierung fehlen bisher — und gewiß nicht nur wegen entgegenstehender internationaler Verpflichtungen — die Anhaltspunkte. Statt dessen gibt es ernstzunehmende Anzeichen für das Bestreben, nicht länger vorwiegend an den Symptomen der „eng-

lischen Krankheit“ herumzukurieren, sondern das Übel an seinen Wurzeln zu fassen.

In der Tat beruhte ja die Kurzatmigkeit der Konjunktur in England auf einigen chronischen Schwächen und strukturellen Unzulänglichkeiten, deren offenbar folgenschwerste im Bereich des einheimischen Angebots zu suchen sind. Eines der kennzeichnendsten Merkmale hierfür ist der Umstand, daß „Übernachfragesituationen“ mit raschem Preisauftrieb, verstärktem Einfuhrsog und gedrosseltem Ausfuhrverlauf bereits bei einer Zuwachsrate der Inlandsnachfrage aufzutreten pflegten, die im Vergleich mit derjenigen anderer entwickelterer Volkswirtschaften noch keineswegs als exzessiv zu bezeichnen ist und auf eine unzulängliche Elastizität des britischen Angebots hindeutet. Die mangelnde Anpassungsfähigkeit der Inlandsproduktion läßt sich bis in die erste Nachkriegszeit zurückverfolgen, als die Unternehmer erst reichlich spät und auch dann nur zögernd bereit waren, dem Übergang vom Verkäufer- zum Käufermarkt und der Wiederbelebung des internationalen Handels ihren Tribut zu zollen. Diese phlegmatische Verhaltensweise setzte sich binnen kurzer Frist in einen beträchtlichen Modernisierungsrückstand der englischen Wirtschaft um, den aufzuholen es desto weniger gelang, als inzwischen die Regierung ihre in der Wiederholung demoralisierend wirkende Praxis der außenwirtschaftlich orientierten Expansionsdämpfung entwickelt und damit einen doppelt negativen Effekt erzielt hatte: Die unternehmerische Neigung zu Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen wurde fortan weder durch die Aussicht auf ungekürzte Wachstumsphasen, noch durch Perioden ausländischen Konkurrenzandrangs von hinlänglich eindrucksvoller Dauer stimuliert. Bis in die letzten Jahre hinein läßt sich daher die Überalterung der Produktionsanlagen in Großbritannien mit Hilfe der gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung deutlich nachweisen.¹⁾

Der Verzicht auf volle Nutzung der vom technischen Fortschritt gebotenen Chancen zur Produktivitätssteigerung wiegt besonders schwer, weil er seit langem mit einem unrationellen Einsatz der Arbeitskräfte einhergeht. Es bestehen nämlich nicht nur ausgedehnte regionale Inseln struktureller Arbeitslosigkeit und mehrere Schwerpunkte anhaltender personeller Überbesetzung in langfristig stagnierenden Wirtschaftszweigen, sondern auch in der Industrie herrscht ein geradezu pathologisch gewordenen Streben nach Hortung von Arbeitern, das zum großen Teil als Entartung der durch das Maßnahmenzickzack des „stop and go“ — vor allem im Hinblick auf das nächste „go“ — nahegelegten Personaldispositionen verstanden werden kann. Daraus erklären sich ebenfalls weitgehend die in Großbritannien besonders stark verzögerte Anpassung der Arbeitsmarktlage an Einschränkungen der allgemeinen Wirtschaftsaktivität und das Hochschnellen der Arbeitslosenzahl, sobald die Unternehmer in etwas länger währenden Rezes-

1) Vgl. M. Teschner: Angebotselastizität und Konkurrenzposition der britischen Wirtschaft. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Berlin, Nr. 3/1965.

sionen ihr finanzielles Durchhaltevermögen und dazu vielleicht noch das Vertrauen in eine baldige Wirksamkeit der üblichen Wiederankurbelungspolitik verloren.

Während die geschilderte Sachlage auf dem Reservat des Binnenmarktes²⁾ keine allzu abträglichen Folgen zeitigte, machte sie sich — besonders was die kostenbedingte Höhe der Exportpreise, die Qualität der Erzeugnisse und die Lieferzeiten betrifft — im internationalen Wettbewerb als äußerst hinderlich bemerkbar, zumal der Stand von betrieblicher Absatzpolitik und Kundendienst demjenigen der technischen Kapazitäten keineswegs überlegen war. So erwiesen sich die Weltmärkte für die britische Unternehmerschaft als ein Feld abnehmender Ertragszuwächse, dem man angesichts der Bequemlichkeit des Inlandsabsatzes auch keine außergewöhnlichen Anstrengungen mehr zu widmen geneigt war — solange die periodischen Verengungen des heimischen Marktes nicht zu unvorbereiteten und daher in der Regel erneut enttäuschenden Ausfuhrvorstößen zwangen. Der unablässige, dem Volumen nach besonders ausgeprägte Rückgang des Anteils Großbritanniens an den Weltexporten (bei gleichzeitigem Anstieg der Quoten konkurrierender Welthandelsländer) ist das statistische Spiegelbild dieses Prozesses verpaßter Gelegenheiten.

Die wichtigsten Ansatzpunkte für eine nachhaltige Sanierung der englischen Wirtschaft liegen also ohne Zweifel auf der Seite des Angebots; seine Anpassungsfähigkeit zu erhöhen, ist eine wirklich entscheidende Voraussetzung für die Überwindung des Zwangs, in Aufschwungsphasen die zulässige Rate des gesamtwirtschaftlichen Wachstums praktisch von der dann besonders trägen Ausfuhrentwicklung determinieren zu lassen. Selbstverständlich sind Wandlungen von der hier anzustrebenden Breite und Tiefe nicht kurzerhand herbeizuführen; sie in Gang zu bringen und im Flusse zu halten, ist vielmehr eine Aufgabe, die gründlich vorbereitet und beharrlich verfolgt werden will. Die Labourregierung scheint sich dessen bewußt zu sein. Jedenfalls präsentierte sie ihr so wenig revolutionäres Sofortprogramm von Ende 1964 / Anfang 1965 ausdrücklich mit der doppelten Zielsetzung, der weiteren rapiden Verschlechterung des inneren und des äußeren Wirtschaftsgleichgewichts Einhalt zu gebieten und dadurch zugleich eine Atempause für die Ausarbeitung eines detaillierten längerfristigen Aktionsprogramms zu gewinnen.

Sicherlich war es hierfür von Nutzen, daß ja auch die Konservativen in den letzten Jahren ihres Wirkens versucht hatten, sich Klarheit über die Ursachen des unbefriedigenden Funktionierens der britischen Wirtschaft zu verschaffen und für Abhilfe zu sorgen. Besonders die Einsetzung des „National Economic Development Council“ im Jahre 1962 zielte auf eine

²⁾ „Reservat“ in dem Sinne, daß ein massiver Druck ausländischer Importe auf den britischen Markt regelmäßig aus Handels- und Zahlungsbilanzgründen unterbunden wurde — sei es durch Dämpfung der inneren Nachfrageexpansion und verstärkte „buy british“-Propaganda, sei es (wenn auch wegen bestehender internationaler Liberalisierungsverpflichtungen seltener) durch direkte Einfuhrrestriktionen.

DIE KOMMUNALEN VERKEHRSPROBLEME IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Ein Sachverständigenbericht und die Stellungnahme der Bundesregierung

Herausgegeben mit Unterstützung des Bundesministers für Verkehr
von J.-W. Hohlitz und F. Tamms

164 Fotos, 13 grafische Darstellungen, 428 Seiten, Format DIN A 4, Leinen mit farbigem Schutzumschlag DM 54,—

VERKEHR IN STÄDTEN

Deutsche Originalwiedergabe des englischen Berichtes „Traffic in Towns“

übersetzt von Dr. Hinrich Lehmann-Grube

224 Seiten DIN A 4, 210 Zeichnungen, zahlreiche Fotografien, Farbdiagramme und Karten, Leinen mit Schutzumschlag DM 36,—



VULKAN-VERLAG DR. W. CLASSEN

43 Essen, Haus der Technik, Postfach 1815

Verfeinerung von ökonomischer Diagnose und wirtschaftspolitischer Therapie ab — ohne daß, wie wir sahen, überzeugende Resultate zutage getreten wären. Immerhin fanden die Sozialisten doch beim Regierungswechsel bereits einige Bausteine für das von ihnen angestrebte System einer kontinuierlichen Wachstumspolitik vor.

DAS LÄNGERFRISTIGE PROGRAMM

Unmittelbar nachdem — zum Teil auf Kosten von Kompetenzen des bis dahin für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik an erster Stelle zuständigen Schatzamtes — ein Wirtschaftsministerium geschaffen war, begann diese neue Behörde ein über mehrere Jahre reichendes Wachstumsprogramm auszuarbeiten. Wer als Ergebnis ihrer im Auftrage einer sozialistischen Regierung ausgeübten Tätigkeit eine Proklamation planwirtschaftlicher Zielsetzungen, begleitet von verbindlichen Direktiven für die obrigkeitliche Gestaltung des Wirtschaftsablaufs erwartet hatte, sah sich alsbald eines Besseren belehrt. Denn tatsächlich ist das im September 1965 unter der Bezeichnung „National Plan 1964-1970“ veröffentlichte umfangreiche Dokument alles andere als ein Musterbeispiel zentraler Wirtschaftslenkung im nichtkommunistischen Westen. Genau genommen liegt hier nicht einmal die liberalere Form eines Rahmenprogramms, etwa im Sinne der französischen „Planification“, vor: Das Anliegen des

britischen „Plans“ ist ordnungspolitisch weitaus harmloser: Er beschränkt sich auf den Hinweis, daß aus verschiedenen Gründen ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 25 % von 1964 auf 1970 wünschenswert ist und daher von der Regierung erstrebt wird, und nennt eine Reihe von Voraussetzungen, unter denen eine solche Fortschrittsrate auf marktwirtschaftlicher Basis erzielbar sein soll.

Das Bestreben, dem Wachstumsprogramm von vornherein jegliches Odium sozialistischen Experimentierwillens zu nehmen und es darüber hinaus auf eine möglichst realistische, praxisnahe Basis zu stellen, kommt deutlich in der sehr eingehenden Umfrage bei den Wirtschaftsorganisationen während des Stadiums der Material- und Ideensammlung zum Ausdruck. Mancherlei Anzeichen lassen allerdings darauf schließen, daß diese vorbereitende Befragungsaktion nicht ganz frei von methodischen Mängeln war, daß also Zweifel an der Tragfähigkeit gewisser Fundamente des Plans angebracht sind. Insbesondere scheinen die Gesprächspartner in der Wirtschaft über den Zweck und die Tragweite der Erhebung keineswegs hinreichend aufgeklärt worden zu sein. Ihre Antworten auf die Kernfrage „Was würde ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 25 % zwischen 1964 und 1970 für Ihren Sektor bedeuten?“ nehmen daher zwar zu den mutmaßlichen Veränderungen Stellung, die ein solches Wachstum für den jeweiligen Wirtschaftszweig mit sich brächte, und nennen zum Teil auch einige Voraussetzungen, unter denen sich dieser Prozeß ihrer Ansicht nach überhaupt nur abspielen könnte — sie dürften aber schwerlich mit aller Sorgfalt abgewogen oder gar wissenschaftlich abgesichert worden sein. Vom Wirtschaftsministerium sind die Erwiderungen der Verbände dann jedoch anscheinend wie fundierte Aussagen über die Absichten und Erwartungen der Unternehmer behandelt und ins Kalkül gesetzt worden — mit dem Ergebnis, daß sich die Planperspektiven z. B. für die Produktion, die Ausfuhren, die Investitionen und die Beschäftigung sehr weitgehend mit den Resultaten der Erhebung decken.

DIE PERSPEKTIVEN BIS 1970

Ausgangspunkt des sogenannten Wirtschaftsplans ist, wie erwähnt, die Annahme eines Wachstums des realen Bruttoinlandsprodukts um insgesamt 25 % von 1964 auf 1970, d. h. um durchschnittlich 3,8 % pro Jahr. Nun handelt es sich bei dieser Rate etwa keineswegs um eine exakte Vorausschätzung des unter bestimmten Prämissen Erzielbaren, sondern um eine Quantifizierung dessen, was als notwendig erachtet wird, um außer dem vordringlichen Anliegen der Zahlungsbilanzsanierung auch noch eine angemessene Zunahme der Investitionen und des privaten Verbrauchs sowie eine Steigerung bestimmter öffentlicher Ausgaben (für Sozialleistungen und Infrastrukturvorhaben) zu ermöglichen. Freilich glauben die Autoren des Plans, mit ihrem Dokument zugleich die Wege gewiesen zu haben, auf denen das erforderliche Expansionstempo erreicht werden kann.

Auf der Angebotsseite werden größere reale Zuwächse der landwirtschaftlichen Erzeugung als im Durchschnitt der letzten Jahre unterstellt (3,5 % pro Jahr von 1964 auf 1970, nach 3 % im Zeitraum 1960-1964). Auch für die Industrieproduktion wird ein beschleunigtes Wachstum angenommen; es soll jährlich dem Volumen nach 4,4 % erreichen (1960-1964: 3,1 %). Dagegen sind die Zunahmeraten der Bauproduktion mit jährlich 4,6 % niedriger angesetzt worden, als sie in der Vergleichsperiode 1960-1964 tatsächlich waren (durchschnittlich 5 % zu konstanten Preisen).

Das angestrebte Produktionswachstum soll — außer durch eine Erweiterung der technischen Kapazitäten — durch Umschichtungen in der Beschäftigungsstruktur und durch allgemeine Produktivitätssteigerungen ermöglicht werden, da mit einem verlangsamten Anstieg der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (um jährlich 0,5 %, nach 0,7 % im Durchschnitt der Jahre 1960-1964) gerechnet wird. Nach dem Plan müßte sich das Produkt je Beschäftigten in allen großen Wirtschaftszweigen wie folgt erhöhen:

Landwirtschaft	um jährlich 6,3 % (1960-64: 6,0 %)
Industrie	um jährlich 3,9 % (1960-64: 3,0 %)
(Kohlen-) Bergbau	um jährlich 4,2 % (1960-64: 3,4 %)
Baugewerbe	um jährlich 3,7 % (1960-64: 3,6 %)
Handel	um jährlich 2,7 % (1960-64: 1,3 %)
Verkehr	um jährlich 5,0 % (1960-64: 3,1 %)
Gesamte Volkswirtschaft	um jährlich 3,4 % (1960-64: 2,8 %)

Ein Teil der erhofften Zunahme der einheimischen Produktion ist zur Substitution von Warenimporten bestimmt. In der Tat wird zwar mit den gleichen durchschnittlichen Wachstumsraten des Einfuhrvolumens wie im Zeitraum 1960-1964 gerechnet (4 % pro Jahr); gegenüber der Tendenz der Jahre 1963 und 1964 bedeutet dies aber eine merkliche Verlangsamung des Expansionstempos. Verhältnismäßig stark soll der Anstieg der Nahrungs- und Genussmittelkäufe gebremst werden (von jährlich 2,5 % im Zeitraum 1960-1964 auf knapp 1 % im Durchschnitt der Jahre bis 1970). Auch für die Bezüge von Fertigwaren wird eine Abflachung der Aufwärtstendenz unterstellt (1960-1964: 10 %, danach rd. 9 % pro Jahr), während die Einfuhr von Halbfabrikaten mit + 5,5 % weiterhin die gleichen Fortschritte wie im Durchschnitt der Jahre 1960-1964 erreichen könnte.

Der Plan drückt im übrigen die Erwartung kräftiger Wachstumsimpulse von seiten der Gesamtnachfrage aus.

Für die Auslandsnachfrage (im Sinne der effektiven Warenausfuhr) wird ein volumenmäßiger Anstieg um durchschnittlich 5,2 % von Jahr zu Jahr angesetzt (1960-1964: 3 %). Zum Erreichen der angestrebten Produktionsfortschritte erscheint ferner eine jährliche Ausweitung der Anlageninvestitionen um durchschnittlich 5,5 % zu konstanten Preisen erforderlich (in der verarbeitenden Industrie allein um 7 %, im Wohnungsbau um 4,8 %, im Dienstleistungssektor um rd. 4 %). Im Zeitraum 1960-1964 be-

trug die mittlere Zuwachsrate der gesamten Anlageninvestitionen 6,6 %.

Für die privaten Verbrauchsausgaben ist gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1960-1964 ein leicht beschleunigtes, im Vergleich zu der seit 1963 beobachteten Expansion allerdings verlangsamtes Wachstum von 3,2 % pro Jahr (Volumen) angenommen worden. Gleichzeitig soll der Verbrauch der öffentlichen Hand — bei abnehmenden Zuwachsraten der Verteidigungsausgaben — real um 3,0 % jährlich steigen (1960-1964: durchschnittlich um 2,7 %).

Würde die Entwicklung des Außenhandels in den vorgezeichneten Bahnen verlaufen, so ergäbe sich — laut Plan — in der Handelsbilanz Großbritanniens zumindest ein Abbau des Defizits von 534 Mill. £ im Jahre 1964 auf 25 Mill. £ 1970; falls die erwartete Verbesserung der Austauschrelation das erhoffte Ausmaß erreicht, wird sogar ein Rückgang des Passivsaldo auf 45 Mill. £ (alles in Preisen von 1964) für möglich gehalten. Infolge einer gleichzeitigen Aktivierung der Kapitalbilanz soll die gesamte Zahlungsbilanz (Grundbilanz), die 1964 ein Defizit von 721 Mill. £ aufwies, 1970 mit einem Überschuß von 250 Mill. £ (Preise von 1964) abschließen.

Die Autoren des britischen Wirtschaftsplans haben sich keineswegs der Illusion hingegeben, daß der Mechanismus ihrer Volkswirtschaft aus eigenem Antrieb und mit eigener Kraft in der Lage wäre, die gesetzten quantitativen Orientierungspunkte zu erreichen. Um dennoch die recht hoch geschraubten Wachstumsvorstellungen realisieren zu helfen, sind auf einigen Gebieten spezifische wirtschaftspolitische Maßnahmen ins Auge gefaßt worden.

SCHWERPUNKTE WIRTSCHAFTSPOLITISCHER AKTIONEN

Zur Steigerung von Produktion und Produktivität soll einmal eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben werden. So ist bis 1970 die Mobilisierung teilweise versteckter Arbeitskraftreserven in Höhe von 1,4 Mill. Personen vorgesehen. Hiervon entfallen etwa 400 000 Personen auf den natürlichen Zuwachs der Erwerbsbevölkerung. Weitere 600 000 Arbeitskräfte sollen aus der Landwirtschaft, dem Bergbau, dem Transportwesen und gewissen stagnierenden Industriezweigen abgezogen und den Wachstumssektoren zugeführt werden. Die restlichen 400 000 Beschäftigten hofft man je etwa zur Hälfte durch eine systematische Nutzung der in den weniger entwickelten Regionen vorhandenen Reserven und durch eine stärkere Eingliederung von Frauen und Pensionären in den Arbeitsprozeß zu gewinnen.

Zur Erleichterung der erforderlichen Umsetzungen sieht das Dokument eine Verbesserung der Arbeitsvermittlung sowie Umschulungseinrichtungen und direkte finanzielle Beihilfen für die Betroffenen vor. Ein Ausbau des schon bestehenden Fortbildungssystems

soll darüber hinaus das Arbeitsangebot auch qualitativ beträchtlich heben.

Was das technische Produktionspotential betrifft, so ist dessen Modernisierung und Umstellung auf neue Verfahren ein als vordringlich erachtetes Ziel. Unter dem koordinierenden Einfluß des erst geschaffenen Ministeriums für Technologie soll daher versucht werden, die Forschung stärker auf die Belange der Industrie auszurichten und zugleich die Industrie in höherem Maße als bisher für die Ergebnisse der Forschung zu interessieren. Ansonsten beschränkt sich zwar der Plan selbst darauf, ein System fiskalischer Anreize für Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen in Aussicht zu stellen, doch sind dieser bloßen Absichtserklärung inzwischen die ersten konkreten Maßnahmen gefolgt: Direkt produktive Ausrüstungsinvestitionen werden ab Mitte Januar 1966 durch Subventionen anstatt, wie zuvor, durch Steuernachlässe gefördert, wobei aus standortpolitischen Gründen eine regionale Differenzierung der Beihilfe erfolgt. Diese Regelung bietet u. a. den Vorteil, daß die gezielten staatlichen Investitionshilfen nicht mehr das Vorhandensein eines zu besteuern den Gewinn voraussetzen und damit — bewußt und gewollt — auch Neugründungen, die nach der alten Praxis erst mit eigener Kraft die Durststrecke bis zum Überschreiten der Rentabilitätsschwelle hätten überwinden müssen, von Anfang an zugute kommen. Weiterhin wurde Ende Januar eine mit öffentlichen Mitteln ausgestattete „Industrial Reorganisation Corporation“ geschaffen, deren Aufgabenbereich die finanzielle Förderung von Modernisierungs- und Rationalisierungsvorhaben sowie von Zusammenschlüssen mittlerer und kleinerer Firmen zu leistungsfähigeren Einheiten umfaßt. Zusammen mit der im April in Kraft tretenden Körperschafts- und Ertragsbesteuerung, welche die nicht ausgeschütteten Gewinne begünstigt und so eine verstärkte Selbstfinanzierung nahelegt, könnten die erwähnten Maßnahmen der privaten Investitionsbereitschaft tatsächlich einige Impulse vermitteln — sobald sich die wohl unausbleiblichen Übergangsfriktionen erst einmal verloren haben.

Im Rahmen der Budgetpolitik ist außerdem eine Steigerung bzw. Verringerung öffentlicher Ausgaben nach einer Prioritätenskala vorgesehen, die den für wachstumsrelevant gehaltenen Aufwendungen den Vorrang einräumt.

Mit einer wirksameren Ausgestaltung der Wettbewerbspolitik, vor allem aber der Preis- und Einkommenspolitik, gedenkt die Regierung den Preisauftrieb zu bremsen, die Einkommensexpansion unter Kontrolle zu bringen und auf diese Weise den Anstieg der Produktionskosten nachhaltig zu drosseln. Hierdurch soll die Konkurrenzfähigkeit des britischen Angebots sowohl auf dem Binnenmarkt (mit der Folge der gewünschten Abnahme der Einfuhrneigung) als auch auf den Weltmärkten (mit dem Ergebnis der für notwendig gehaltenen Ausfuhrsteigerung) in hinreichendem Ausmaß erhöht werden.

Auf die Verbesserung der Handelsbilanz zielt ferner eine Reihe ausfuhrbelebender und einfuhrhemmender Maßnahmen ab. Insbesondere wurde — ergänzend zu einigen schon bestehenden Institutionen (Board of Trade, British National Export Council, Export Credits Guarantee Department u. a. m.) — ein gemischter Ausschuß für Exportförderung geschaffen und ist den regional und nach Wirtschaftsbereichen gegliederten „Economic Development Committees“ die Sonderaufgabe gestellt worden, Mittel und Wege zur Importsubstitution ausfindig zu machen. Zu einer Entlastung der Zahlungsbilanz von der Kapitalbilanz her sollen schließlich Vorkehrungen zur Verringerung der Privatinvestitionen im Ausland, eine Einschränkung der öffentlichen Transaktionen für Verteidigungszwecke und Entwicklungshilfe sowie die Anregung von Kapitalimporten beitragen.

KRITISCHE WÜRDIGUNG DES PLANS UND AUSBLICK

Obwohl die einschränkende Bemerkung nicht fehlt, daß eine laufende Überprüfung (und erforderlichenfalls Korrektur) der Plan„ziele“ sowie eine elastische Handhabung der Instrumente vorgesehen sind, ja daß sogar die wirtschaftspolitischen Leitideen wiederholten Konfrontationen mit der Realität unterzogen werden sollen, läßt doch der Tenor des Dokuments auf einen beachtlichen Optimismus hinsichtlich der Erreichbarkeit des ursprünglich Angestrebten schließen. Das ist deshalb um so verwunderlicher, als weder die Expansionslinien der letzten Jahre, noch vor allem die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen Anhaltspunkte für eine so fühlbare Wachstumsbeschleunigung der Gesamtwirtschaft und ihrer einzelnen Sektoren bieten, wie sie im Nationalen Plan unterstellt wird.

Um dies zu veranschaulichen, kombiniert die nachstehende Tabelle die jährlichen Zunahmeraten des Bruttozialprodukts und seiner Verwendungsarten seit 1961 einmal mit den Zielsetzungen des Plans und zum anderen mit jenen Expansionsraten, die erforderlich wären, um — trotz der wahrscheinlichen Verlangsa-

mung des Wirtschaftswachstums im Zeitraum 1965/66 — bis 1970 die gewünschte Höhe des Sozialprodukts zu erreichen. Die für 1965 und 1966 eingesetzten Fortschrittsraten entsprechen den Ende vergangenen Jahres von einem angesehenen britischen Forschungsinstitut (National Institute of Economic and Social Research, NIESR) veröffentlichten Schätzungen bzw. Vorausberechnungen.

Die Übersicht vermittelt einen Eindruck davon, wie stark sich das Sozialprodukt ausweiten müßte, um ungeachtet der gegenwärtigen Wachstumsabschwächung die für 1970 genannte Größenordnung zu erreichen. Gleichzeitig wird deutlich, daß jährliche Zunahmeraten in dieser Höhe während der letzten Jahre entweder überhaupt nicht oder nur unter Sonderbedingungen (Erholung von der Rezession des Jahres 1962, inflationistischer Auftrieb 1964) erzielt werden konnten; auch im vorausgegangenen Jahrzehnt sind sie übrigens nur zweimal ausnahmsweise verwirklicht worden. Die Expansionskraft der einzelnen wichtigen Komponenten der Gesamtnachfrage scheint ebenfalls außergewöhnlich hoch eingeschätzt worden zu sein.

Der „Nationale Plan“ ist aus diesen und einigen anderen Gründen auf weitverbreitete Kritik und Ablehnung gestoßen, verschiedentlich wurde er sogar — auch in der seriöseren Wirtschaftspresse — als utopisch gekennzeichnet. Es erscheint indessen ratsam, sich der vorherrschenden Meinung nicht allzu kritiklos anzuschließen. Einmal dürften nämlich die Kommentare in der britischen Presse nicht frei von begreiflichen Emotionen gewesen sein, und es kann daher schwerlich überraschen, daß sie in ihrer Mehrzahl wenig schmeichelhaft ausfielen: Den Liberalen brachte das Dokument zuviel, den Sozialisten hingegen zuwenig Planung, und die Konservativen waren darüber ergrimmt, daß die Labourregierung mit derartigem Elan ein heißes Eisen zu schmieden wagte, das ihre Vorgängerin auf kleinem Feuer gehalten und nicht recht anzupacken verstanden hatte. Distanziert-unabhängige Stimmen konnte man in Großbritannien — in einer Angelegenheit von so vitaler Bedeutung für die eigene

Entwicklung des Bruttozialprodukts in Großbritannien von 1961 bis 1970

(konstante Preise, in Mill. £, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %)

	Realisationen					Schätzung NIESR 1)		National Plan		Erforderliche Zunahme ab 1967 (Basis NIESR 1966)
	1961	1962	1963	1964		1965	1966	1970	Durchschnitt 1965-70	Durchschnitt 1967-70
	%	%	%	%	Mill. £	%	%	Mill. £	%	%
Bruttoinlandsprodukt	+3,3	+0,5	+4,3	+ 5,4	32 847	+2,4	+2,2	41 060	+3,8	+4,6
Wareneinfuhr (fob)	-2,0	+3,0	+3,8	+11,2	5 005	+0,5 ²⁾	+2,4 ²⁾	6 315	+4,0	(+5,3)
Privater Verbrauch	+2,3	+1,9	+4,3	+ 3,7	21 334	+1,7	+2,2	25 790	+3,2	+3,9
Öffentlicher Verbrauch	+4,0	+2,7	+2,3	+ 1,3	5 411	+3,2	+2,8	6 450	+3,0	+3,0
Bruttoanlageninvestitionen	+8,8	-1,0	+3,4	+15,7	5 802	+4,7	+2,7	8 015	+5,5	+6,7
Lagerinvestitionen	526	.	.	530	.	.
Warenausfuhr (fob)	+2,0	+2,0	+5,8	+ 3,6	4 471	+3,0 ³⁾	+3,2 ³⁾	6 090	+5,2	(+6,7)
Nettoausfuhr von Diensten	308	.	.	500	.	.

1) National Institute of Economic and Social Research. 2) Einfuhr von Waren und Dienstleistungen. 3) Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen.

Volkswirtschaft — wohl kaum in nennenswerter Zahl erwarten. Zum anderen legte sich, was schon weitaus verwunderlicher ist, auch die ausländische Fachpresse mit nur wenigen Ausnahmen etwas zu hurtig auf ein negatives oder betont skeptisches Urteil fest, ohne das eigentliche Anliegen und die Realisationschancen des englischen Wirtschaftsprogramms unter dem breiteren Blickwinkel eines unbefangenen Beobachters sorgfältig zu analysieren.

Freilich steht es — das sei zur Entschuldigung mancher vorschnellen Stellungnahme gesagt — außer Frage, daß der Nationale Plan einige Schwächen aufweist, wenn auch die schwererwiegenden Mängel nicht jene sind, die sofort ins Auge stechen.

Berechtigte Kritik fordern Konzept und Methode heraus, soweit sie sich zwischen den Zeilen des Dokuments und aus ergänzenden Informationen erkennen lassen. Vor allem irritiert die etwas unbekümmerte Art des Konsultierens der Wirtschaftsorganisationen, die schon in anderem Zusammenhang erwähnt worden ist. Das Bestreben, ein „marktwirtschaftliches“ Wachstumsprogramm zu entwickeln, in allen Ehren — nur war es sicherlich ein Wagnis, dieses Projekt aus Mangel an Zeit oder aus Respekt vor den Ansichten der Praxis ohne zusätzliche, tiefergehende Absicherungen auf dem Schwemmsand heterogener Befragungsergebnisse zu errichten, wie es tatsächlich geschehen zu sein scheint. Bedenklich stimmt ferner — um ein weiteres Beispiel anzuführen —, daß selbst die Perspektiven für die Entwicklung außenwirtschaftlicher Größen offenbar nur den mutmaßlichen Veränderungen der binnenwirtschaftlichen Faktoren Rechnung tragen, während strukturelle und konjunkturelle Wandlungen in der Außenwelt nicht einmal als Alternativhypothesen in Erscheinung treten.

Schwerwiegende Probleme werfen auch der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Plans und der Zeitraum seiner Gültigkeit auf. Man kann es wohl zumindest als Regiefehler bezeichnen, daß ausgerechnet in einer Periode verbissener konjunkturpolitischer Anstrengungen zur Beseitigung der äußerst zähen wirtschaftlichen Ungleichgewichte die Veröffentlichung eines langfristigen Expansionsprogramms erfolgte, dessen antizipative psychologische Effekte den kurzfristigen Bremsmaßnahmen einigen Wind aus den Segeln nehmen mußten. Derartige Nebenwirkungen hätten sich schon ergeben, wenn mit der Vorlage des Dokuments die Wiederankurbelung der Wirtschaftstätigkeit lediglich für eine absehbare Zukunft verheißen worden wäre. Soviel Geduld war indessen den Planern und ihren Auftraggebern nicht verliehen: jetzt und hier sollte die Realisierung ihrer in die Zukunft reichenden Wachstumsvorstellungen beginnen! Damit entstand das Dilemma der Überlappung zweier wirtschaftspolitischer Programme von unterschiedlicher Zielsetzung und teilweise widersprüchlichen Maßnahmen — ein Dilemma, dessen Lösung auch bei besserer Koordinierung der beteiligten Dienststellen, als sie bisher gelungen zu sein scheint, kein leichtes Unterfangen wäre. Da es in Großbritannien auf kurze Sicht keine

Neuaufgabe!

HEITZER — OESTREICHER

Bundesbaugesetz

mit Ausführungsvorschriften des Bundes,
Hinweis auf die Ländervorschriften sowie mit
Raumordnungsgesetz und Landesplanungsgesetzen

Kommentar von Dr. SEBASTIAN HEITZER, Senatspräsident beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof München, und Dr. ERNST OESTREICHER, Präsident des Verwaltungsgerichts München.

2., verbesserte Auflage. Oktav. XXVIII. 584 Seiten.
1965. Ganzleinen DM 48,—
(Sammlung Guttentag Band 255)

Bereits die 1962 erschienene erste Auflage dieses Kommentars hat sich als zuverlässiger Ratgeber und wertvolles Hilfsmittel für die Praxis bewährt.

Die Neuaufgabe berücksichtigt die seit 1962 ergangene große Anzahl von gerichtlichen Entscheidungen und das neue Schrifttum.

Auch bei der Neubearbeitung wurden allzu eingehende Ausführungen vermieden, um den Gebrauch für die Praxis zu erleichtern.

Dagegen wurde besonderer Wert auf ein reichhaltiges Literaturverzeichnis und auf möglichst erschöpfende Rechtsprechung gelegt.

WALTER DE GRUYTER & CO. BERLIN

akzeptable Alternative für die von der einen Seite verfolgte Drosselung der Wirtschaftsexpansion gibt, wird also vorerst das Nebenher unzureichend aufeinander abgestimmter Akte des „minister of short-term stop“ (Schatzkanzler Callaghan) und des „minister of long-term go“ (Wirtschaftsminister Brown) bestehen bleiben. Praktisch bedeutet das eine erhebliche Verkürzung der Laufzeit des Plans, dessen Verwirklichung — siehe Tabelle — in der verbliebenen Frist weit höhere Zuwachsraten erfordert, als unter der Annahme einer kontinuierlicheren Ausstrahlung des Aktionsprogramms vorausgeschätzt und für realisierbar gehalten worden ist.

Wenn hier jetzt trotzdem die von der bisherigen Generallinie der Kritik abweichende Auffassung vertreten wird, daß der Nationale Plan einen fühlbar positiven Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung Großbritannien ausüben und sogar dazu beitragen könnte, das Wachstumstempo tatsächlich in annähernd dem gewollten Ausmaß zu erhöhen, so stützt sich diese Meinung in erster Linie auf den Umstand, daß die angedeuteten Mängel nicht nur weitgehend heilbar sind, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach auch erkannt und korrigiert werden dürften.

Dafür spricht zunächst, daß sich die britische Regierung durch die Veröffentlichung des Plans und die breitgestreute Verteilung einer allgemeinverständli-

chen Darstellung seiner Grundzüge sehr entschieden auf dieses quantitativ markierte Wachstumsprogramm festgelegt hat und daher seine Verwirklichung auch aus innenpolitischen Gründen mit Nachdruck anstreben wird. Man kann also darauf gefaßt sein, daß sie die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung fortan mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet, und daß die wohl nicht in solchem Ausmaß erwartete Wachstumseinbuße zu Beginn der Planperiode den staatlichen Gestaltungswillen auf eine Verfeinerung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums sowie auf dessen gezielteren Einsatz lenkt. Eine derart geläuterte Konzeption ist zweifellos dazu angetan, verlorenes Terrain wiederzugewinnen, d. h. der Wirtschaftstätigkeit zu gegebener Zeit jene Impulse zu vermitteln, die sie beschleunigt in die gewünschte Richtung leiten.

Unter diesem Aspekt braucht die gegenwärtige Phase eher bremsender als antreibender Energieentfaltung keine vergeudete Zeit zu sein — weder für die Regierung, noch für die Wirtschaft. Den politischen Instanzen bietet sie Gelegenheit, ihre Absichten zu überdenken und ihr Rüstzeug zu schärfen; den Unternehmern aber gewährt sie eine Pause zu schöpferischer Besinnung, und den dynamischeren unter ihnen sogar eine Chance zur Einleitung neuer, leistungsfähigerer Produktionskombinationen.

Erst in den kommenden Jahren wird zu beurteilen sein, ob sich das gegenwärtige Abflauen der britischen Konjunktur zugleich in ein derartiges Intervall der Ruhe vor dem konzentrischen Angriff auf Schwachstellen der Volkswirtschaft verwandelt hat. Manches spricht jedoch schon heute dafür — nicht zuletzt die gesteigerte und offenbar zunehmende Resonanz erweckende Aktivität des „National Economic Development Council“ und seiner Unterausschüsse, denen es u. a. obliegt, der Praxis die Absichten des Plans zu interpretieren, Rationalisierungsmöglichkeiten aufzuzeigen und auf einen allgemeinen Wandel der wirtschaftlichen Mentalität hinzuwirken.

Im übrigen können auch die Vertreter der Wirtschaft kaum umhin, sich nachdrücklich um die Erreichung der zum großen Teil von ihnen selbst — wenn auch anscheinend nicht in Kenntnis aller Konsequenzen — gesetzten Orientierungspunkte zu bemühen. Jedenfalls dürften die dem Plan zugrunde liegenden und mit ihm veröffentlichten Fortschrittsraten je Wirtschaftsbereich und Industriezweig einen erheblichen Zwang auf die Verbände ausüben, für ihren jeweiligen Sektor die Lücke zwischen den eigenen Voraussagen und der Realität nicht allzu groß werden zu lassen. Auch von dieser Seite sind also außergewöhnliche Anstrengungen zu erwarten.

Schließlich gibt es Anzeichen dafür, daß die Gewerkschaften ihren Schmollwinkel zu verlassen beginnen, den sie seit dem „Verrat“ der Regierung an ehrwürdigen sozialistischen Prinzipien bezogen hatten — nicht ohne den damals gebotenen Vorwand für ihre gruppenegoistischen Störaktionen insgeheim gebüh-

rend begrüßt zu haben. Eine realistischere Beurteilung der Gesamtlage dürfte in diesen Kreisen nun ebenfalls um sich greifen und allmählich den Weg zur Unterstützung, zumindest aber zum Verzicht auf eine bewußte Durchkreuzung des wirtschaftspolitischen Sanierungsprogramms ebnen.

Selbst ein im Prinzip gleichgerichtetes Bemühen von Regierung und Wirtschaft (einschließlich der Arbeitnehmervertretungen) wird allerdings nicht frei von Friktionen bleiben können: die unvermeidlichen Schwierigkeiten, das Vorgehen vollständig zu harmonisieren und stets die adäquaten Mittel einzusetzen, schließen einen Maximaleffekt von vornherein aus. Auf den kommt es aber auch keineswegs an. Ohne Zweifel genügt es, wenn überhaupt von mehreren Ausgangspunkten her ernsthaft an die Lösung der verhältnismäßig klar umrissenen gemeinsamen Aufgabe herangegangen wird, um dem Wirtschaftswachstum Großbritanniens tragfähigere Fundamente und jenes im internationalen Vergleich ja keineswegs außergewöhnliche Tempo zu verleihen, deren es nach den Vorstellungen der Regierung bedarf.

Eine Gefahr lauert in der Versuchung, den quantitativen Planziele einen Vorrang vor den qualitativen einzuräumen, falls es sich gegen Ende der Laufzeit des Programms abzeichnen sollte, daß unter Gleichgewichtsbedingungen die angestrebte Expansionsrate des Sozialprodukts bis 1970 doch nicht erreichbar ist. Dann in Torschlußpanik zu geraten und einen Pyrrhussieg inflationistischer Wachstumsbeschleunigung erzwingen zu wollen, wäre wohl der verhängnisvollste Fehler, dessen sich die Labourregierung gegenüber der eigenen Volkswirtschaft schuldig machen könnte. Denn die tiefere Bedeutung und die eigentliche Daseinsberechtigung des Nationalen Wirtschaftsplans liegt — das scheint übrigens von den meisten seiner Kritiker verkannt worden zu sein — nicht im Jonglieren mit Fortschrittsraten, so nützlich sie als Anhaltspunkte sein mögen, sondern im Herbeiführen grundlegender ökonomischer Strukturwandlungen, die erst die Basis für eine langfristig kräftige und hinreichend stetige Wirtschaftsentwicklung schaffen.

Solange sich die britische Regierung diese elementare Tatsache vor Augen hält — und es ist nicht recht einzusehen, weshalb sich ihr Bewußtsein mit zunehmender Erfahrung trüben sollte — braucht wohl das Risiko eines Rückfalls in den (auch weltwirtschaftlich unerwünschten) *circulus vitiosus* der früheren Wirtschaftspolitik nicht allzu hoch eingeschätzt zu werden und dürften die Früchte einer solchen Beharrlichkeit eher früher als später reifen. Der Beschluß der Konservativen, ein konkurrierendes eigenes Aktionsprogramm (mit annähernd den gleichen Zielsetzungen!) aufzustellen, spricht nicht nur für die Berechtigung der Initiative ihrer politischen Widersacher, sondern läßt auf wirtschaftlichem Gebiet sogar im Falle eines erneuten Umschwungs der Wählergunst eine weitgehende Kontinuität der eingeschlagenen Linie erwarten.